



Medienmitteilung

Zürich, 2. Februar 2023

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 6. Februar 2023

Fokusthema: Volkswirtschaft

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag zum letzten Mal in der Halle 9 in Oerlikon zu einer Sitzung treffen, bevor er am 20. Februar 2023 erstmals im provisorischen Rathaus Hard tagen wird. Zum Auftakt der Sitzung stehen zwei längere Geschäfte an, eines betrifft die Förderung der Infrastruktur für eine CO₂-arme Mobilität, beim anderen geht es um eine Teilrevison des Richtplans betreffend Verkehr. Danach sind vier Vorstösse traktandiert, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen.

Ausbau von Ladestationen für E-Fahrzeuge am Wohnort soll gefördert werden

Der Kantonsrat hat anlässlich der Klimadebatte im Juni 2020 eine Motion der FDP (KR-Nr. 107/2019) an den Regierungsrat überwiesen, mit der ein Rahmenkredit für Einmalzulagen für verschiedene Massnahmen zur Förderung der CO₂-armen Mobilität gefordert wurde, wie etwa Ladestationen für Elektrofahrzeuge und Wasserstofftankstellen. Das Begehren deckt sich mit den Zielen der Regierung. Der Regierungsrat beantragt mit der Vorlage [5842](#) einen Rahmenkredit von 50 Millionen Franken zulasten des Strassenfonds für solche Massnahmen. Im Fokus steht vor allem die Subventionierung der Lademöglichkeiten am Wohnort. Mit der Senkung der Kosten für Grundinstallationen soll ein Anreiz zur verstärkten E-Mobilität gesetzt werden. Betreffend Wasserstofftankstellen sollen einzelne Pilotanlagen in güterverkehrsintensiven Gewerbegebieten mit einem einmaligen Investitionsbeitrag gefördert werden. Die Mehrheit der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) stimmt der Vorlage zu, da gerade im privaten Bereich eine gut ausgebaute Ladeinfrastruktur ein entscheidender Faktor für die Förderung von nicht fossil betriebener Mobilität sei. Nicht zuletzt auch aus finanztechnischen Überlegungen möchte die Kommission den Rahmenkredit auf die Jahre 2023–2026 befristen. Wenn die Evaluierung zeige, dass sich das Instrument bewährt habe, die Rahmenbedingungen gleich geblieben seien und nach wie vor Bedarf bestehe, soll der Regierungsrat wie vorgesehen einen weiteren Rahmenkredit vorlegen. Die Minderheit der Kommission (SVP) lehnt den Rahmenkredit ab. Sie ist überzeugt, dass sich die E-Mobilität auch ohne diese spezifische Förderung durchsetzen wird. Zudem sei es stossend, dass die Besitzenden von E-Mobilen mit Geldern aus dem Strassenfonds unterstützt werden sollen, in den sie – bis auf Weiteres befreit von Verkehrsabgaben – trotz Strassennutzung nichts einzahlen. Mit derselben Vorlage beantragt die KEVU dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat der EVP betreffend «Lade-Infrastrukturen für Elektrofahrzeuge» als erledigt abzuschreiben (KR-Nr. 297/2017).

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

Minderheit SVP: Christian Lucek (SVP, Dänikon), 079 402 31 41

Stadtverträgliche Lösung für die A1 in Winterthur soll im Richtplan festgelegt werden

Die Teilrevision Richtplan 2018, Kapitel Verkehr, umfasst Änderungen in den Kapiteln 4.2 (Strassenverkehr), 4.3 (öffentlicher Verkehr) und 4.7.2 (Flugplatz Dübendorf). Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt einstimmig, dem Kapitel Verkehr der Teilrevision Richtplan 2018 zuzustimmen ([5598](#)). Die Festlegungen zum Flugplatz Dübendorf und die zugehörige Motion (KR-Nr. 177/2015) wurden der Spezialkommission Innovationspark Zürich übertragen und sind zwischenzeitlich durch den Kantonsrat abschliessend behandelt worden (5821). Eigene Anträge hat die Kommission zum Unterkapitel «Strassenverkehr» eingebracht. So ist der KEVU eine stadtverträgliche Lösung für Winterthur in Bezug auf die Autobahn A1 sehr wichtig. Der Kontakt mit der Stadt wurde mehrfach gesucht, um insbesondere die Koordination mit den Entwicklungsplänen für den Stadtteil Töss sicherzustellen. Die Kommissionsmehrheit setzt auf einen Ausbau mit durchgehend sechs Fahrstreifen, eine Umgestaltung des Anschlusses Töss, die Verlegung der Autobahn in einen Tunnel durch das Gebiet Ebnet, die Freilegung der Töss samt Stadtreparatur, eine Überdeckung Wülflingen sowie flankierende Verkehrs- und Begleitmassnahmen. Mit der Tunnellösung würden die negativen Auswirkungen des motorisierten Individualverkehrs (MiV) für die Bevölkerung von Winterthur am deutlichsten gemildert und ein wichtiges Verdichtungsgebiet definitiv freigespielt. Eine Kommissionsminderheit (SVP, FDP) folgt in gewissen Punkten der Mehrheit, meint aber, die Anpassung der Linienführung zur Freilegung der Töss solle geprüft werden und die Gestaltung des Anschlusses stadtverträglich erfolgen. Dättneu sei besser anzubinden und die Halbüberdeckung Schlosstal zu prüfen. Diese direkte Festlegung werde eine sicherere und raschere Lösung bringen. Im Zusammenhang mit der Verbreitung von Tempobeschränkungen im Siedlungsgebiet beantragt die KEVU eine textliche Ergänzung des Richtplantextes. Die Kommissionsmehrheit wünscht im Falle von Verkehrsbehinderungen kantonale Massnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs. Dabei seien bei steuerungstechnischen Massnahmen für den öV die Auswirkungen auf den Individualverkehr «gering» zu halten. Eine Minderheit (FDP, SVP, Mitte) sieht bei Temporeduktionen, die oft von den Städten angestossen werden, keine automatische Pflicht des Kantons, den öffentlichen Verkehr zu verbessern. Vielmehr seien die Auswirkungen der steuerungstechnischen öV-Massnahmen auf den Individualverkehr «möglichst gering» zu halten.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

Minderheit Ausbau Umfahrung Winterthur: Ulrich Pfister (SVP, Egg), 076 547 27 56

Minderheit Engpässe: Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Vorstösse zu CO₂-armen Schiffen, ÖV-Vergünstigungen, Nachhaltigkeit am Flughafen

Wesentlich kürzer als die Diskussionen über die beiden Vorlagen zu Beginn der Sitzung dürften jene über die Vorstösse dauern, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen. Thomas Schweizer, Kantonsrat der Grünen, lädt den Regierungsrat mit einem Postulat ein, einen Umsetzungsplan für die rasche Treibhausgasneutralität der öffentlichen Personenschifffahrt auf den Zürcher Gewässern vorzulegen ([KR-Nr. 176/2022](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, den Vorstoss entgegenzunehmen. Weil die SVP den Vorstoss ablehnt, entscheidet der Rat erst nach einer Diskussion über eine Überweisung an die Regierung. SP-Kantonsrat Felix Hoesch möchte den Regierungsrat mit einer Motion beauftragen, Gesetze und Verordnungen anzupassen, sodass die Gemeinden Fahrkarten des öffentlichen Verkehrs im Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) subventionieren und für gewisse Anspruchsgruppen vergünstigen können ([KR-Nr. 314/2022](#)). Der Regierungsrat beantragt, die

Motion abzulehnen, genauso wie das Postulat von SP-Kantonsrat Nicola Siegrist. Dieser möchte, dass die Preise des öffentlichen Verkehrs für Menschen mit tiefem Einkommen über ÖV-Gutscheine gezielt und zeitlich begrenzt gesenkt werden ([KR-Nr. 366/2022](#)). GLP-Kantonsrätin Stefanie Huber wünscht, unterstützt von SP und EVP, eine Verankerung von Nachhaltigkeitsthemen in der Eigentümerstrategie des Flughafens Zürich ([KR-Nr. 371/2022](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die SVP den Vorstoss ablehnt, entscheidet der Rat erst nach einer Diskussion über eine Überweisung an die Regierung.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen) 079 434 36 23

Felix Hoesch (SP, Zürich), 079 409 05 92

Nicola Siegrist (SP, Zürich), 078 944 01 00

Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), 079 835 90 46

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12